

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft

Unter ihrem Jahresmotto „Zeitenwenden – die Tagesordnung der Zukunft“ wird die KAS 2014 die tief greifenden Veränderungen und Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft in den Blick nehmen. In diesem Heft sind alle Beiträge, die über Veranstaltungen mit speziellem Bezug zu diesem Thema berichten, mit dem hier ersichtlichen Logo des Jahresmottos markiert.



POLITISCHER DIALOG:

Der Vorsitzende der KAS und der tunesische Übergangspräsident machten sich im Rahmen des Jugendkongresses der KAS in Tunis stark für die politische Partizipation junger Menschen.



EUROPAPOLITIK:

Sir John Major, britischer Premierminister von 1990 bis 1997, setzte sich bei seinem Besuch in der Konrad-Adenauer-Stiftung für einen Verbleib seines Landes in der EU ein.



UMWELT-, KLIMA-/ENERGIEPOLITIK:

Mit Blick auf weltweit knapper werdende fossile Rohstoffvorkommen organisierte die KAS ein internationales Studien- und Dialogprogramm zum Thema Energiesicherheit.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Politischer Dialog
- Seite 9
Medien
- Seite 10
Europapolitik
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Umwelt-, Klima- und Energiepolitik
- Seite 16
Rechtsstaat
- Seite 18
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 20
Demokratie und Entwicklung
- Seite 22
Werte- und Religionsdialog
- Seite 23
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 24
Neuerscheinungen

JAPAN, DEUTSCHLAND UND AFGHANISTAN

Nur wenige Tage, nachdem Aschraf Ghani von der Wahlkommission in Afghanistan zum künftigen Präsidenten des Landes erklärt worden war, diskutierten Ende September in Tokio Vertreter der Zivilgesellschaft aus Deutschland, Japan und Afghanistan sowie Repräsentanten des japanischen Außenministeriums und der NATO über eine Fortsetzung des internationalen Engagements am Hindu-kusch.

Im Beisein des afghanischen Botschafters in Japan, S.E. Sayed M. Amin Fatimie, und der früheren UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata, würdigten die Redner zwar einerseits die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte beim Aufbau von Polizei und Armee, bei der Gesundheitsversorgung, der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie beim Ausbau der Infrastruktur und der Festigung öffentlicher Institutionen; gleichzeitig



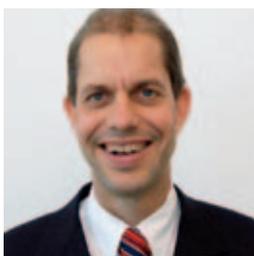
Sadako Ogata und Botschafter Fatimie (Mitte) mit Veranstalter und Rednern der Afghanistan-Konferenz in Tokio

forderten die Experten aus Deutschland, Japan und der NATO von der neuen afghanischen Regierung innerhalb der nächsten beiden Jahre aber zügige Fortschritte bei der Terrorbekämpfung und bei der Verbesserung der Sicherheitslage gerade in den ländlichen Regionen. Dafür liefert das von Afghanistan nach monatelanger

> Fortsetzung auf Seite 3

■ EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



„The time is out of joint. O cursed spite/That ever I was born to set it right!“ Hamlets Klage in Shakespeares vierhundert Jahre altem Stück könnte auch heute so manchem Beobachter der Weltlage über die Lippen kommen, insbesondere im Westen. Angesichts der vielfältigen und vielgestaltigen internationalen Krisen drängt sich der Eindruck auf, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Gleichzeitig sind die Gestaltungsmächte des Westens in tiefe Selbstzweifel verstrickt, ob und wie sie die internationale Ordnung bewahren und schaffen können – die USA haben unter Präsident Obama eine Politik

des strategischen Rückzugs verfolgt, und die Deutschen führen nicht erst seit Präsident Gaucks Münchner Rede eine Debatte darüber, inwiefern Deutschland einen größeren Beitrag zur internationalen Stabilität leisten kann und soll.

Herausforderungen der etablierten liberalen Ordnung gibt es auf praktisch allen Kontinenten: In Europa hat die völkerrechtswidrige russische Aggression gegenüber der Ukraine die Grundfesten unserer Friedensordnung ins Wanken gebracht. Im Nahen und Mittleren Osten sind die terroristischen Mörderbanden des „Islamischen Staats“ im Begriff, die Landkarte neu zu zeichnen und den schwelenden Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten sowie den hegemonialen Aspiranten Saudi-Arabien und Iran weiter zuzuspitzen. In Asien erhebt die immer mächtiger werdende Volksrepublik China immer unverhohlener Ansprüche auf Territorium und Gefolgschaft, während sich die Nuklearmächte Indien und Pakistan weiterhin argwöhnisch gegenüberstehen. In weiten Teilen Afrikas wiederum gehen Regierungsversagen, Terrorismus und menschliche Not eine gefährliche Mesalliance ein. Und auf dem lateinamerikanischen Kontinent treiben Drogenhandel und Organisierte Kriminalität dunkle Blüten, die inzwischen weit über den Atlantik ausstrahlen.

Das ist sicherlich eine holzschnittartige tour d’horizon sicherheitspolitischer Krisen und Konflikte. Aber sie zeigt selbst in diesem kleinen Ausschnitt, dass Freiheit, Sicherheit und Wohlstand – Eckpfeiler der Europäischen Union – vielerorts keineswegs garantiert und stets umkämpft sind. Es besteht kein Zweifel, dass es im Interesse der EU und gerade der Exportnation Deutschland ist, das liberale internationale System, wie es vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg begründet und durchgesetzt haben, zu schützen und zu festigen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will zur Erreichung dieses Ziels einen Beitrag leisten. Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie einige Beispiele, wie wir in unserer Auslandsarbeit in Kooperation mit regionalen Partnern darauf hinwirken, Freiheit und Stabilität in der Welt zu verankern – und zukünftigen Konflikten vorzubeugen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Berlin, im Dezember 2014

Dr. Gerhard Wahlers | Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Stefan Friedrich
(Gesamtkoordination)
■ Silke David

■ Dr. Céline-Agathe Caro
(Europapolitik)

■ Franziska Fabritius
(Umwelt-, Klima- und
Energiepolitik)

■ Dr. Stefan Friedrich
(Werte- und Religionsdialog)

■ Peter Girke
(Rechtsstaat)

■ Martina Kaiser
(Medien)

■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)

■ Gunter Rieck Moncayo
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)

■ Winfried Weck
(Demokratie und Entwicklung)

Kontakt über:

vorname.nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign, Köln

Bildnachweis

Foto S. 16 (oben):
Werner Müller,
Hintergrundmotiv Seite 22:
René Albarus_pixelio.de

© 2014

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner^o
Klimaneutral

Druck | ID: 10421-1411-1041

JAPAN, DEUTSCHLAND UND AFGHANISTAN

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Verzögerung inzwischen unterzeichnete internationale Sicherheitsabkommen die erforderliche Basis. Die Übereinkunft sieht unter anderem vor, dass etwa 10.000 US-Soldaten und weitere 1.200 bis 1.400 militärische Ausbilder und Berater der NATO über 2014 hinaus in Afghanistan stationiert bleiben. Wiederholt bekräftigten die Redner bei der Konferenz in Tokio jedoch, dass die neue Regierung in Kabul nach dem endgültigen Abzug der internationalen Truppen ab 2017 selbst in der Lage sein müsse, militärisch und polizeilich für die Sicherheit ihrer Bevölkerung Sorge zu tragen. Darüber hinaus mahnten die Experten aus Deutschland und Japan zusätzliche Anstrengungen bei der Bekämpfung der Korruption und des Drogenanbaus an. Die USA, Japan und Deutschland sind die drei größten Geberländer in Afghanistan. Die Konferenz in Tokio wurde vom dortigen KAS-Büro in Kooperation mit dem „Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin“ (JDZB) und dem japanischen „Institute for International Policy Studies“ (IIPS) ausgerichtet.



(v.l.n.r.) Dr. Markus Kaim, SWP; Prof. Ahmad Fahim Hakim, früherer stellv. Vorsitzender der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission; Nils Wörmer, KAS-Auslandsmitarbeiter in Afghanistan

DISKUSSION ÜBER MARITIME SICHERHEIT MIT ANDREAS SCHOCKENHOFF MDB

Dr. Andreas Schockenhoff, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, besuchte Ende Oktober Japan. Auf Einladung des KAS-Auslandsbüros in Tokio diskutierte er mit hochrangigen japanischen Sicherheitsexperten, Vertretern der Deutschen Botschaft und der EU-Delegation Fragen zur sicherheitspolitischen Lage im Süd- und Ostchinesischen Meer. Daneben erläuterten die japanischen Gesprächspartner die Hintergründe und möglichen Auswirkungen der kürzlich beschlossenen Neuinterpretation von Artikel 9 der japanischen Verfassung. Vor dem Hintergrund der dortigen Parlamentswahlen vom 26. Oktober sprach Schockenhoff abschließend über die aktuelle Situation in der Ukraine.



Dr. Andreas Schockenhoff MdB in Tokio

■ POLITISCHER DIALOG



WAHL- UND PARTEIENRECHT IN GUATEMALA

Vor dem Hintergrund einer wechselhaften Parteienlandschaft führen der Wahlgerichtshof von Guatemala, die Universität San Carlos und die Konrad-Adenauer-Stiftung einen mehrteiligen Diplommkurs zu Wahl- und Parteienrecht für Vertreter von Parteien, staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen durch. Am 8. Oktober 2014 war Dr. h.c. Josef Thesing, ehem. stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung und langjähriger Leiter der internationalen Zusammenarbeit der Stiftung, als Dozent zu Gast (oben Bildmitte).



DR. MARIA BÖHMER ZU BESUCH IN MEXIKO

„Die Beteiligung der Frau in der Politik und im Privatsektor ist unabdingbar für die Entwicklung einer jeden Gesellschaft und die Zukunft eines jeden Landes.“ Mit diesen Worten eröffnete die Staatsministerin und Bundesvorsitzende der Frauenunion, Dr. Maria Böhmer (oben Bildmitte), ihre Rede im Rahmen der Veranstaltung „Frauen in der Politik – Politik für Frauen und Familie“, zu der die KAS-Mexiko zusammen mit dem mexikanischen Senat am 23. Oktober eingeladen hatte. Insgesamt 60 Politikerinnen besuchten die Veranstaltung im Senat. Auch der deutsche Botschafter in Mexiko, Dr. Viktor Elbling, sowie der Regionalbeauftragte für Lateinamerika und die Karibik, Botschafter Thomas Neisinger, nahmen daran teil.



BRASILIANISCHE SICHERHEITSKONFERENZ „FORTE DE COPACABANA“

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft

Am 10. Oktober war die Konrad-Adenauer-Stiftung Gastgeber der 11. Brasilianischen Sicherheitskonferenz „Forte de Copacabana“, die unter dem Motto Multilateral Security Governance stattfand. Experten und mehr als 300 Gäste diskutierten über euro-brasilianische Beziehungen, neue Krisengebiete, die Gefahren und Herausforderungen, die Cyber Security und Cyber Defense mit sich bringen, sowie mögliche Lehren angesichts des 100. bzw. 200. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges und des Wiener Kongresses. Obwohl Brasilien unter der gegenwärtigen Administration die Süd-Süd-Beziehungen priorisiert, hat die Konferenz gezeigt, dass auf der globalen Bühne noch immer genügend Raum für euro-brasilianische Initiativen bleibt.

Roland Schäfer, Leiter der Abteilung Lateinamerika im Europäischen Auswärtigen Dienst, unterstrich die Bedeutung der brasilianisch-europäischen Partnerschaft.

Multilateral Security Governance

Im Mittelpunkt der diesjährigen Diskussionen in Rio de Janeiro standen die Sicherheit im Digitalen Raum und die Rolle der aufstrebenden Schwellenländer in der globalen Sicherheitsarchitektur. Der die Konferenz begleitende Band Multilateral Security Governance bildet das wissenschaftliche Fundament dieser Veranstaltung.



Nico Yacoy, Mitgründer von DipuDatos, bei der Präsentation am 7. Oktober im Büro der KAS-Argentinien

DIPUDATOS: ARGENTINIENS PARLAMENT IM FOKUS

zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft

In Argentinien wird der Legislative oft wenig Bedeutung beigemessen. Die KAS und die NGO Universo Agora haben mit DipuDatos nun ein interaktives Instrument ins Leben gerufen, das zeigt, wie das Parlament arbeitet. DipuDatos ist eine Webseite, die nicht nur Daten zur Verfügung stellt, die sonst nur schwer zugänglich sind. Sie führt diese Daten auch zusammen und bereitet sie visuell auf. Alle Variablen lassen sich kombinieren: So läßt sich z.B. die relative Anwesenheit der Abgeordneten feststellen und überprüfen, ob sie sich in Abstimmungen der Parteimehrheit angeschlossen haben oder selbst an dem Gesetzentwurf beteiligt waren. Am 7. Oktober wurde DipuDatos Journalisten, Akademikern und politischen Beratern vorgestellt.



Prof. Dr. Stefan Jost, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Mexiko, mit den geladenen Experten aus Lateinamerika und dem Asien-Pazifikraum bei der internationalen Konferenz zur Pazifik-Allianz

INTERNATIONALE KONFERENZ ZUR PAZIFIK-ALLIANZ

Im Jahr 2012 unterzeichneten die Präsidenten von Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru das Abkommen Pazifik-Allianz. Die bei einem Gipfeltreffen im Jahr zuvor gestartete Initiative sollte die Wirtschaft der vier Länder enger miteinander verbinden und neue Handelswege eröffnen. Am 13. und 14. Oktober 2014 organisierte die KAS-Mexiko eine internationale Konferenz zum Thema „Regionale und globale Auswirkungen der Pazifik-Allianz“. Daran nahmen Referenten aus Lateinamerika, Asien, den USA und Europa teil. Auch Vertreter aus der mexikanischen Politik und Wirtschaft diskutierten mit den Experten im Rahmen der zweitägigen Konferenz, die von der mexikanischen Presse begleitet wurde.

NACHFOLGEKONFERENZ: GESTALTUNGSMÄCHTE LATEINAMERIKAS

Bereits im Mai 2014 hatte das Auslandsbüro der KAS in Mexiko-Stadt in Zusammenarbeit mit dem Humboldt-Lehrstuhl des Colegio de México eine Konferenz zum Thema „Konstruktion einer neuen Weltordnung von Lateinamerika aus. Die Rolle der Gestaltungsmächte“ organisiert. Im Oktober veranstaltete nun die KAS-Mexiko in Zusammenarbeit mit der KAS-Zentrale eine Nachfolgekonferenz in Berlin über „Gestaltungsmächte Lateinamerikas im internationalen Umfeld“. Während die Konferenz in Mexiko vor allem auf die Perspektiven lateinamerikanischer Länder zielte, lag der Fokus der Konferenz in Berlin auf der Relevanz des Themas für europäische und internationale Akteure und deren Zusammenspiel mit Lateinamerika.

DROGENKRIMINALITÄT IN LATEINAMERIKA

Argentinien: Drogenhandel ist in Lateinamerika eine der größten Gefahren für die regionale Sicherheit, auch Argentinien ist davon betroffen. Die KAS und das Parlament der Hauptstadt Buenos Aires organisierten vom 18. bis 21. August einen Kongress über Drogenhandel und damit verbundene Straftaten mit Experten aus Kolumbien, Brasilien und Peru. Julian Wilches von der Universidad de los Andes in Bogotá berichtete über Entwicklungen in seinem Land, in dem Drogenhandel nach wie vor eine große Herausforderung darstellt. In Brasilien, wo in den 1990er Jahren ein regelrechter Drogenkrieg herrschte, sei durch Sozialisierungsprozesse und die „Policía Pacificadora“ viel erreicht worden, erklärte Robson Rodrigues da Silva, ehemaliger Chef dieser Polizeieinheit in Rio de Janeiro. Félix Murazzo, peruanischer Innenminister a. D. und früherer Direktor von Interpol in Lateinamerika, machte auf die Bedeutung Perus mit seiner 2500 Kilometer langen Küstenlinie für den internationalen Drogenhandel aufmerksam.



Costa Rica: Am 7. und 8. August diskutierten Forscher, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft in Costa Ricas Hauptstadt San José über die Auswirkungen des organisierten Verbrechens auf die bürgerliche Sicherheit und die Regierungsfähigkeit der Länder Zentralamerikas. Die Regionalkonferenz „Drogenhandel und Sicherheit in Zentralamerika: Ein interinstitutionelles und multidimensionales Modell auf der Basis des Konzepts der menschlichen Sicherheit“ wurde gemeinsam mit dem Instituto Centroamericano de Gobernabilidad organisiert. Die ca. 100 Teilnehmer kamen aus Costa Rica, Panama, Nicaragua, Guatemala, El Salvador, Honduras, Mexiko und den USA. Die Konferenz, die sich großer Aufmerksamkeit der Medien erfreute, verdeutlichte die Komplexität der Thematik und rückte ein Problem ins Blickfeld, für das es nur eine regionale Lösung geben kann.

V.l.n.r.: Julian Wilches, Politologe der Universidad de los Andes; Félix Murazzo, peruanischer Innenminister a. D. und früherer Direktor von Interpol in Lateinamerika; Robson Rodrigues da Silva, ehemaliger Chef der „Policía Pacificadora“ in Rio de Janeiro; Ofelia Bravo

V.l.: Claudia Crawford, Leiterin des KAS-Auslandsbüros in Moskau; Michail S. Gorbatschow, Staatspräsident a. D.; und Olga Sdrawomislowa, Exekutivdirektorin der Gorbatschow-Stiftung

■ POLITISCHER DIALOG

FREEDOM WORKS!



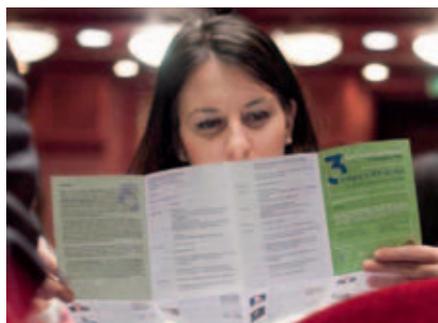
Dr. Andreas Schockenhoff MdB (Bildmitte), stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, besuchte den US-Senat, um die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine, Georgien und Moldawien zu würdigen. Dieses soll demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und eine weitgehende Freihandelszone mit Europa schaffen und stärken. Neben den Botschaftern der drei Länder nahmen u. a. die Senatoren John McCain (Bild rechts), Ted Cruz und Chris Murphy teil. Schockenhoff erklärte, welche Ziele verfolgt werden müssen, um eine erfolgreiche Partnerschaft gewährleisten zu können. Auch wenn das Abkommen keine Einladung zur EU-Mitgliedschaft sei, müssten den Ländern eine EU-Perspektive offen gehalten werden. Sen.



Cruz lobte das Engagement: „Wir feiern die simple Tatsache, dass Freiheit funktioniert. Dass Menschen auf der ganzen Welt den Wunsch haben, ein freies Leben zu führen und ihre Träume verfolgen und dass von freiem Handel beide Seiten profitieren.“

THESSALONIKI INTERNATIONAL SYMPOSIUM

Mit über 300 Gästen fand Mitte Oktober 2014 das 3. Thessaloniki International Symposium in World Affairs statt, das die KAS-Athen gemeinsam mit ihren Partnern in Nordgriechenland organisiert hatte. Wie in den vergangenen beiden Jahren standen die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen im Zentrum



Vor allem junge Gäste und Studierende nahmen mit regem Interesse am 3. Thessaloniki International Symposium in World Affairs teil und beteiligten sich an der Diskussion mit den eingeladenen Experten.

des Symposiums, auf dem Fachleute zur Ukraine-Krise, zu den EU-Beitrittsperspektiven der Balkanstaaten sowie zum Ausweg aus der Euro-Schuldenkrise referierten und intensiv mit dem Publikum diskutierten. Unter anderem trug Prof. Andreas Rödder, Universität Mainz und Vorstandsmitglied der KAS, zur Rolle Deutschlands in Europa vor.



25 JAHRE FALL DER BERLINER MAUER

Gemeinsam mit der Gorbatschow-Stiftung veranstaltete die KAS in Moskau eine Konferenz anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer. Für die Leiterin Claudia Crawford sollte diese Begegnung zwischen Zeitzeugen und Jugendlichen sowohl an das historische Ereignis erinnern als auch nach Impulsen für die heutige Zeit fragen. Höhepunkt war die Rede des früheren Staatspräsidenten Michail Gorbatschow. Er betonte, dass ihm bei Amtsantritt klar gewesen sei, dass sich die Dinge in seinem Land ändern müssten. Ihm war zudem wichtig, dass die anderen Länder des damaligen Ostblocks für sich selbst die Verantwortung zu tragen hätten. Als Zeitzeuge erinnerte Thomas Kunze, Leiter der KAS in Taschkent, an die Entwicklungen in Polen und Ungarn. Impuls für die Zukunft sei, so Zeitzeuge Michael Hahn, Referent der EVP im EU-Parlament, das Ende einer Politik der Lüge und der Auftrag zur Verteidigung der Freiheit.

25 JAHRE PANEUROPÄISCHES PICKNICK

Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung am 18. und 19. August 2014 erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit ungarischen Partnern in Sopron an das Paneuropäische Picknick vor 25 Jahren. Am 19. August 1989 nutzten dort über 600 DDR-Bürger die Gelegenheit zur Flucht. Der Grenzdurchbruch an der ungarisch-österreichischen Grenze war ein entscheidender Schritt zur deutschen und europäischen Einheit. In ihrer Festrede dankte die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht den Ungarn für ihren Mut.



Frank Spengler, Leiter des KAS-Auslandsbüros Ungarn, mit Christine Lieberknecht MdL, Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, und Hildigund Neubert, stellv. KAS-Vorsitzende und Staatssekretärin in der Thüringer Staatskanzlei



Generalleutnant a.D. Dato' Seri Zaini Mohamad Said, ehem. Kommandant der Malaysischen Streitkräfte; Nils Wörmer, AM der KAS in Afghanistan; und Dr. Ralf Brauksiepe MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, diskutierten beim Deutsch-Malaysischen Sicherheitsdialog über die Lage in Afghanistan.

DEUTSCHE UND MALAYSISCHE SICHERHEITSEXPERTEN IM DIALOG

Beim 3. Deutsch-Malaysischen Sicherheitsdialog in Kuala Lumpur kamen hochrangige Experten aus Deutschland und Malaysia zusammen, um über aktuelle Sicherheits Herausforderungen in der Region und im globalen Rahmen zu diskutieren. Anwesend waren Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums, des Auswärtigen Amtes, der NATO, der Bundeswehr sowie sicherheitspolitischer Think Tanks. Auch von malaysischer Seite nahmen hochrangige Vertreter teil. Das Institut für Strategische und Internationale Studien (ISIS Malaysia) ist seit drei Jahren Partner der KAS in diesem Dialog. Neben regionalen Sicherheitsfragen wie dem Territorialstreit im Südchinesischen Meer, der Situation in Afghanistan und dem Konflikt in der Ukraine wurden auch Fragen der zukünftigen Beziehungen zwischen Europa, der NATO und ASEAN erörtert.



KAS SCHULT LEITENDE INDONESISCHE POLIZEIBEAMTE (SATPOL-PP)

SATPOL-PP sind Teil des regionalen Verwaltungsapparats im nach Bevölkerungszahl viertgrößten Land der Erde.



Sie haben die Funktion, Regierungsbeschlüsse durchzusetzen sowie die öffentliche Ordnung und den gesellschaftlichen Frieden zu gewährleisten. Nicht selten stehen SATPOL-PP jedoch in der Kritik, bis hin zum Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen. Aus diesem Grund bat das indonesische Innenministerium die Adenauer-Stiftung, ein mehrjähriges Schulungsprogramm aufzulegen. In Semarang, der Hauptstadt der politisch gewichtigen Provinz Zentral-Java (38 Millionen Einwohner), fiel nun der Startschuss: 25 leitende SATPOL-PP aus allen Teilen der Provinz kamen vom 15. bis 19. September in den Genuss einer einwöchigen Menschenrechtsschulung.

POLITISCHER DIALOG ■

DEUTSCH-TÜRKISCHER JUGENDAUSTAUSCH ZU GESELLSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT

Vom 2. bis 12. September organisierte das KAS-Auslandsbüro Türkei in Zusammenarbeit mit der Türkischen Stiftung für Gemeinschaftsdienste (TOVAK) einen deutsch-türkischen Jugendaustausch zu gesellschaftspolitischem Engagement in Turunç. Im Rahmen eines interkulturellen Dialogprogramms bot sich den gesellschaftlich enga-



gierten Jugendlichen aus Deutschland und der Türkei die Möglichkeit, sich untereinander wie auch mit lokalen Akteuren über gesellschaftspolitische Themen auszutauschen. Darüber hinaus leisteten sie auch einen praktischen Beitrag für die Zivilgesellschaft, indem sie mit Unterstützung der Lokalbevölkerung eine Dorfschule renovierten (s. Foto).

EINE CHANCE FÜR FRIEDEN UND ENTWICKLUNG

Das Grundgesetz für die zukünftige Autonomieregion Bangsamoro im mehrheitlich muslimischen Süden der Philippinen wurde dem Parlament in Manila zur Beratung übergeben. Beim „Forum on Development Opportunities and the Comprehensive Agreement on the Bangsamoro“ am 23. September diskutierten Experten aus Politik und Gesellschaft über Entwicklungschancen für Muslim Mindanao.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Institute for Autonomy and Governance werden ihre Trainingsmaßnahmen in Muslim Mindanao für Good Governance gemeinsam weiter ausbauen und intensivieren. Denn, so die einhellige Meinung aller Experten: Scheitert der Friedensprozess, drohen blutige Auseinandersetzungen in Muslim Mindanao.



KAS-Repräsentant Benedikt Seemann beim Forum on Development Opportunities and the Comprehensive Agreement on the Bangsamoro



MDB CHARLES HUBER IN TANSANIA

Vom 13. bis 17. September besuchte Charles Huber MdB im Rahmen eines Dialogprogramms Tansania. Im offiziellen Auftrag des CDU-Generalsekretärs nahm er die Einladung nach Dar es Salaam wahr, um die CDU auf dem Parteitag ihrer tansanischen Partnerpartei CHADEMA (Partei für Demokratie und Fortschritt) zu vertreten. Darüber hinaus führte Huber Gespräche mit dem Vizepräsidenten der Vereinigten Republik Tansanias, Dr. Mohamed G. Bilal, sowie Repräsentanten der tansanischen Zivilgesellschaft.

Der ehemalige Übergangspräsident Tunesiens, Béji Caïd Essebsi, und der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering, am 27. September 2014 in Tunis



zeitenwenden
die tagesordnung
der zukunft

**KARRIR! – GEMEINSAM
GESTALTEN WIR UNSERE ZUKUNFT**

„Karrir! Lass dich nicht entmutigen, misch dich ein, entscheide!“ Mit dieser Botschaft wandten sich Dr. Hans-Gert Pöttering sowie Béji Caïd Essebsi im Rahmen des Jugendkongresses der KAS an 1.500 junge Tunesierinnen und Tunesier und riefen sie auf, am 26. Oktober und 23. November 2014 wählen zu gehen. Die Partizipation junger Menschen am politischen Übergangsprozess Tunesiens ist für die Zukunft des Landes entscheidend. Dennoch wenden sich die jungen Menschen Tunesiens zunehmend von der Politik ab. Umso wichtiger ist es daher, ihnen die Bedeutung ihrer Stimme und ihrer Teilhabe vor Augen zu führen.

■ POLITISCHER DIALOG

„GESTATTEN, KAS-ALTSTIPENDIAT“:

DEUTSCHE UND WESTAFRIKANISCHE ELITEN IM DIALOG

Einen interkontinentalen Dialog initiierte das Regionalprogramm „Politischer Dialog in Westafrika“ zwischen deutschen und westafrikanischen Alumni vom 28. September bis zum 5. Oktober 2014 in Cadenabbia. In der Diskussion wurden die Themen Zivilgesellschaft, Menschenrechte und Demokratie aufgegriffen. Sie profitierte von den Erfahrungen des deutschen Altstipendiaten-Netzwerkes. Ein stabiler Kontakt zwischen KAS-Absolventen fördere die heimische Demokratie, so Ali Diomandé, Berater des ivoirischen Präsidenten, und schaffe die Grundlage für Vertrauen und Dialog.



Teilnehmer des Altstipendiatentreffens mit Christian Echle, Leiter des KAS-Medienprogramms Subsahara-Afrika (hinten); Elke Erlecke, Leiterin des KAS-Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika (PDWA, vorne Mitte); und Franziska Porst, Trainee PDWA (vorne links)

Gruppenfoto der Teilnehmer des diesjährigen Tswalu-Dialogs über eine Neuausrichtung von Friedensmissionen



MAROKKOS NEUE AFRIKA STRATEGIE

Am 3. Oktober 2014 organisierte die KAS mit dem Centre Jaques Berque ein internationales Forum in Rabat mit dem Ziel, Marokkos neue Afrikastrategie in den Bereichen Sicherheits-, Wirtschafts- und Migrationspolitik näher zu beleuchten. Eingeladen waren Vertreter aus Politik, Diplomatie, internationalen Organisationen und Beratung. Marokko ist bemüht, sein außen- und wirtschaftspolitisches Profil in Afrika zu schärfen. Gleichzeitig verfolgt das Königreich eine neue „religiöse Diplomatie“ zur Verbreitung eines toleranten Islams, um dem wachsenden religiösen Extremismus in der Region entgegenzuwirken.



Dr. Helmut Reifeld, Leiter des KAS-Auslandsbüros Marokko (links) und Driss El Yazami, Präsident des Nationalen Menschenrechtsrats Marokko

TSWALU-DIALOG SÜDAFRIKA

Was kann man aus bisherigen Friedensmissionen lernen? Diese Frage stellten sich die Teilnehmer des Tswalu-Dialogs, zu denen unter anderem die ehemaligen Präsidenten von Nigeria, Südafrika und Sambia sowie der ehemalige kenianische Premierminister Raila Odinga und der amtierende Verteidigungsminister von Kolumbien, Juan Carlos Pinzón Bueno, zählten. Fallbeispiele u. a. aus Mali, DR-Kongo, Somalia, Afghanistan und Kolumbien wurden vorgestellt und diskutiert. Die Teilnehmer waren sich einig, dass bei Friedensmissionen häufig die Komplexität des Einsatzes im Vorfeld unterschätzt werde und man mögliche Mutationen von Konflikten während des Einsatzes stärker im Auge behalten müsse. Die Veranstaltung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Brenthurst Foundation, dem British Peace Support Team und dem African Centre for Strategic Studies.

3. ALTEA-KONFERENZ

Abgeordnete, Regierungsvertreter, Bürgermeister und Repräsentanten der Kommunalen Spitzenverbände waren Gäste der 3. Fachkonferenz zur Reform der staatlichen Strukturen in Spanien und Deutschland, die das KAS-Büro in Madrid jährlich zusammen mit der Fundación Manuel Giménez Abad durchführt.



Oben: Zwölf politische Blogger aus acht Ländern trafen sich auf Einladung der KAS in Nairobi.

Rechts: Martin Fuchs alias „Der Hamburger Wahlbeobachter“ war einer von zwei internationalen Trainern.



MEDIEN ■



#AFRICABLOGGING – POLITISCHE BLOGS AUS AFRIKA

Sowohl um die Meinungsfreiheit als auch um die Meinungsvielfalt in den Medien südlich der Sahara ist es nach wie vor nicht zum Besten bestellt. Zahlreiche Medienhäuser sind entweder in staatlicher Hand oder von staatlicher Werbung abhängig, den Rest besorgen restriktive Mediengesetze. Vor diesem Hintergrund ist die aktive Präsenz kritischer Blogger von höchster Relevanz für Subsahara-Afrika – in den politischen Blogs der Region findet man oftmals die ehrlichere Sicht auf gesellschaftliche Vorgänge als in den Tageszeitungen. Um politische Blogger zu vernetzen und sichtbarer zu machen, lud das Medienprogramm

Subsahara-Afrika nun zu einer zweitägigen Konferenz nach Nairobi ein. Ziel war es, den Teilnehmern beim Ausbau ihrer Reichweite zu helfen und die Qualität der Beiträge zu verbessern. Insgesamt waren zwölf Blogger aus acht verschiedenen Ländern der Region vertreten. Der südafrikanische Social Media-Experte Dave Duarte und der in Deutschland als „Hamburger Wahlbeobachter“ bekannte Politik-Blogger Martin Fuchs leiteten den Workshop. Eine Aggregatoren-Webseite für das Blogger-Netzwerk soll spätestens zum neuen Jahr online gehen. Dann werden auch die Workshops für die beteiligten Blogger fortgesetzt.

Journalisten gehören ins Feld, nicht nur an den Schreibtisch. Damit die jungen Medienschaffenden überall im Land recherchieren können, schenkte die KAS dem IPSI einen Bus mit 30 Sitzplätzen. Die Übergabe erfolgte in Anwesenheit von Dr. Andreas Reinicke, Deutscher Botschafter in Tunesien.

TUNESISCHE NACHWUCHSJOURNALISTEN

„ON THE ROAD FOR DEMOCRACY“

„Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er überall dabei ist, aber nirgendwo dazugehört.“ Dr. Hardy Ostry, Leiter des KAS-Büros in Tunesien, erinnerte die jungen Medienschaffenden an diesen Leitsatz des deutschen Journalisten Hans-Joachim Friedrichs anlässlich der vom 17. bis 20. Oktober 2014 von der KAS und dem Institut de Presse et des Sciences de l'Information (IPSI) organisierten Fortbildung zum Thema Wahlberichterstattung.

Unter dem Titel „On the road for Democracy“ bot die Veranstaltung der KAS auch die Gelegenheit, dem Partner IPSI ein besonderes Geschenk zu überreichen: Einen neuen Bus mit 30 Sitzplätzen, damit die Nachwuchsjournalisten auf Touren durch das ganze Land mit Vor-Ort-Recherchen Praxiserfahrung sammeln können.

Nach der Übergabe machten sich 18 Studierende mit dem Bus, begleitet von ihren Lehrern, „auf den Weg für die Demokratie“ nach Mahdia, um dort über das Wochenende die laufenden Wahlkampfaktivitäten der Parteien zu beobachten, Interviews zu führen und sodann in Reportagen und Filmen ihre gewonnenen Eindrücke und Einsichten einzufangen.



MEDIENSZENE IN SÜDOSTEUROPA

NEUE KAS-PLATTFORM



Das Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Startschuss für eine neue Online-Plattform gegeben. Journalisten, Medienexperten und politische Kommunikatoren finden unter Balkanmedia.org Informationen zu den Medienlandschaften der Balkanländer, inklusive Länderreports zur Medienfreiheit. Aktuelle Mediennachrichten, ein Veranstaltungskalender für Workshops und Konferenzen sowie Analysen zahlreicher Experten stehen kostenfrei zur Verfügung. Das Projekt wurde in Kooperation mit Partnerorganisationen des Medienprogramms Südosteuropa realisiert. „Wir arbeiten mit einem starken Netzwerk von Partnerorganisationen zusammen. Mit Balkanmedia möchten wir diese Kooperation im Internet weiter stärken. Die Online-Plattform ermöglicht den einfachen Zugang zu Beiträgen vieler Organisationen, die sich für freie und unabhängige Medien engagieren“, sagte Christian Spahr, Leiter des KAS-Medienprogramms Südosteuropa, bei der Vorstellung des Portals auf der Konferenz „South East Europe Media Forum“ in Skopje.



KAS-Medienexperte Christian Spahr stellt das Portal „Balkanmedia“ in Skopje vor.

Foto unten: v.l.n.r.: Robin Niblett (Director Chatham House), Hans Kundnani (ECFR), Dick Oosting (ECFR), Karen Donfried (GMF), Hans-Hartwig Blomeier (KAS-London) und Dr. Norbert Roettgen MdB

■ EUROPAPOLITIK

WIRKUNG VON EU-STRUKTURFONDS IN GRIECHENLAND

Gemeinsam mit der Universität der Peloponnes sowie weiteren griechischen Partnern organisierte das KAS-Auslandsbüro in Athen Mitte September 2014 eine Konferenz über die Verwendung von EU-Strukturfondsmitteln zwischen 1981 und 2013. Politik- und Sozialwissenschaftler aus ganz Griechenland präsentierten ihre Forschungsergebnisse zum Thema und stellten sich der Diskussion mit Praktikern aus der Verwaltung. Auf Einladung der KAS nahmen Experten aus Deutschland, Polen und Italien an der Fachkonferenz teil und brachten Fallbeispiele aus ihren Ländern ebenso wie den Blick von außen auf die griechischen Erfahrungen ein.



Professor Heinz-Jürgen Axt, Emeritus der Universität Duisburg-Essen (rechts im Bild), stellte im Rahmen der Konferenz seine Analyse zur Verwendung von EU-Strukturfondsmitteln in Griechenland sowie deren Wirkung vor.

GETEILT SIND WIR ZWERGE IN EINER WELT DER RIESEN

Sir John Major, Großbritanniens Premierminister von 1990 bis 1997, setzte sich bei seinem Auftritt in der Akademie der Stiftung in Berlin am 13. November für einen Verbleib seines Landes in der EU ein. Die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens sei ein Zeichen seiner Welt-Zugewandtheit, die ihm helfe, die Welt zu gestalten. Mit einem Ausscheiden aus der EU würde Großbritannien international an Gewicht verlieren. „Doch auch Europa würde einiges verlieren: die zweitgrößte und robusteste Volkswirtschaft, den vielleicht am weitesten reichenden diplomatischen Arm und die größte militärische Kapazität der EU mit Nuklearwaffen.“ Daher will sich Major in den nächsten Jahren und vor allem im Vorfeld eines möglichen Referendums für den EU-Verbleib stark machen.



BREXIT-WORKSHOP

In der europapolitischen Debatte in Großbritannien wird die Möglichkeit eines Austritts aus der EU zunehmend intensiv diskutiert. Vor allem die europafeindlichen Befürworter eines Austritts zeichnen sich eher durch Polemik als durch stichhaltige Argumente aus. Um dem entgegenzuwirken und die Alternativen und Szenarien eines potenziellen Austritts sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht zu analysieren, führten die Konrad-Adenauer-Stiftung, der European Council on Foreign Relations und der German Marshall Fund eine Diskussionsveranstaltung mit Experten aus den USA, Großbritannien, Deutschland, Polen und Frankreich in London durch. Insbesondere die Sicht der europäischen Partnerländer und der USA waren ein wertvoller Beitrag für diese Debatte, die letztlich verdeutlichte, wie wichtig Großbritannien für die EU und die EU für Großbritannien ist.

BUDAPESTER GESPRÄCHE MIT MIKULÁŠ DZURINDA

Mikuláš Dzurinda, slowakischer Ministerpräsident a. D. und Präsident des Wilfried Martens Center for European Studies, sowie Zolt Németh, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses in der Ungarischen Nationalversammlung, eröffneten mit ihren Vorträgen zum Thema „10 Jahre EU-Erweiterung“ am Vorabend der jährlich stattfindenden *Budapester Gespräche* einen internationalen Diskurs über die politische Situation unseres Kontinents. Die anschließende zweitägige Expertentagung widmete sich dem Thema „Europa nach den Wahlen“. Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Andrassy Universität Budapest, der Wirtschaftshochschule Budapest und des Europa-Kollegs Hamburg diskutierten deutsche und ungarische Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Fortschritte und Herausforderungen der EU vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Europawahlen.



Mikuláš Dzurinda in der Andrassy Universität Budapest



Mitarbeiter der Ausschüsse für Europäische Integration diskutieren mit Experten und Vertretern von Think Tanks und Zivilgesellschaft.

ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT: STRATEGIEN FÜR EINE ANNÄHERUNG AN DIE EU



Die Östliche Partnerschaft (ÖP) im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik hat sich zu einem Projekt der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Ambitionen entwickelt. Während sich Georgien, Moldau und die Ukraine klar zu einem pro-europäischen Kurs bekennen und mit der Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen am 27. Juni 2014 eine Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU beschlossen haben, hat sich Armenien für einen pro-russischen Kurs entschieden. Aserbaidschan wiederum verfolgt eine multi-vektorale Außenpolitik. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach

einer (Neu-)Bewertung des Erfolgs der ÖP und den Zukunftsaussichten des Projekts sowie alternativen Modellen der Annäherung an die EU. Auf Einladung der KAS diskutierten Anfang September Mitarbeiter der Ausschüsse für Europäische Integration der Länder Georgien, Moldau, Ukraine, Armenien und Aserbaidschan zwei Tage lang mit Politikern und Vertretern von Think Tanks und der Zivilgesellschaft über Erfolge, Chancen und Risiken der ÖP, Fortschritte bei der Visa-Liberalisierung und neue Partnerschaftsmodelle sowie Strategien der interparlamentarischen Kooperation zwischen Ländern der ÖP.

DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE IN DER SÜD- UND OSTUKRAINE

Im sechsten Jahr in Folge führte die KAS-Kiew in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Berlin, der polnischen Robert-Schuman-Stiftung und dem in Kiew ansässigen Institut für Euroatlantische Zusammenarbeit das Projekt „Europa im Koffer“ durch, bei dem junge

Europaexperten aus Deutschland, Polen und der Ukraine in verschiedene Regionen fahren und mit Studenten, Schülern, Medien- und NGO-Vertretern sowie Politikern über die europäische Zukunft der Ukraine diskutieren.

In diesem Jahr wurden zwei einwöchige Reisen in die

Gebiete Kherson/Mykolajiw (Südosten) und Dnipropetrowsk (Osten) durchgeführt, die direkt an die Konfliktregionen des Donbass und der Krim grenzen. Obgleich die Lebensbedingungen in den Regionen aufgrund der prekären wirtschaftlichen Lage und der Bedrohung durch Russland schwierig sind, beteiligen sich die Menschen vor Ort am Prozess des politischen Wandels. Sie empfinden eine starke Bindung an Europa und seine Werte und engagieren sich in Bürgerinitiativen, um die EU und ihr Werteverständnis den Menschen näher zu bringen.



Der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing am 14. November in Berlin

EUROPA-FORUM MIT GISCARD D'ESTAING

In Zeiten der Unsicherheit über die geografische und wirtschaftspolitische Zukunft der Europäischen Union bezeichnet der ehemalige Präsident Frankreichs, Valéry Giscard d'Estaing, das Modell einer föderalen Union aus lediglich zwölf Mitgliedstaaten als „Europas letzte Chance“. Im Rahmen eines Europa-Forums hat Giscard die Thesen seines neu erschienenen Buches „Europa – La dernière chance de l'Europe“ präsentiert und im Anschluss eine kontroverse Diskussion mit dem Publikum geführt.

Die Junior-Experten in Dnipropetrowsk beim regionalen TV-Sender



Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat ■ bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, ■ eine Veranstaltung in Deutschland)

■ KAS-PANORAMA



LATEINAMERIKA

10 **3. Foro Oswaldo Paya**
Kongress zur Bedeutung
des Christlichen Denkens
Santiago de Chile,
9. – 10. Januar 2015

1 **Internationaler Klima-
und Umweltkongress**
Mexiko-Stadt, 17. Februar 2015

8 **Aufbau einer neuen
Gesellschaft – Dialog über
den zukünftigen Entwick-
lungsweg Perus**
Forum
Lima, Februar 2014

1 **Fortbildungskurs
„Nationale Sicherheit“**
Mehrwöchiger Diplomkurs
Mexiko-Stadt,
Februar/März 2015

EUROPA UND NORDAMERIKA

40 **Youth Startups & Youth
Politics – Connecting the two
worlds**

Konferenz
Athen, 4. – 7. Dezember 2014

29 **Lustration als Stärkung
Demokratischer Institutionen
und Rechtsstaatlichkeit**

Internationale Konferenz
Kiew, Februar 2015

25 **26** **XVII. Štiřiner Gespräche
„Duale Bildung – Investition
für die Zukunft“**

Fachkonferenz in Kooperation
mit der DTIHK Prag
Štiřin, März 2015

27 **Regionen in Europa –
Identität und Selbstverwaltung**

Internationale Konferenz
Schloss Károlyi, Fehérvárcsurgó
13. – 14. März 2015

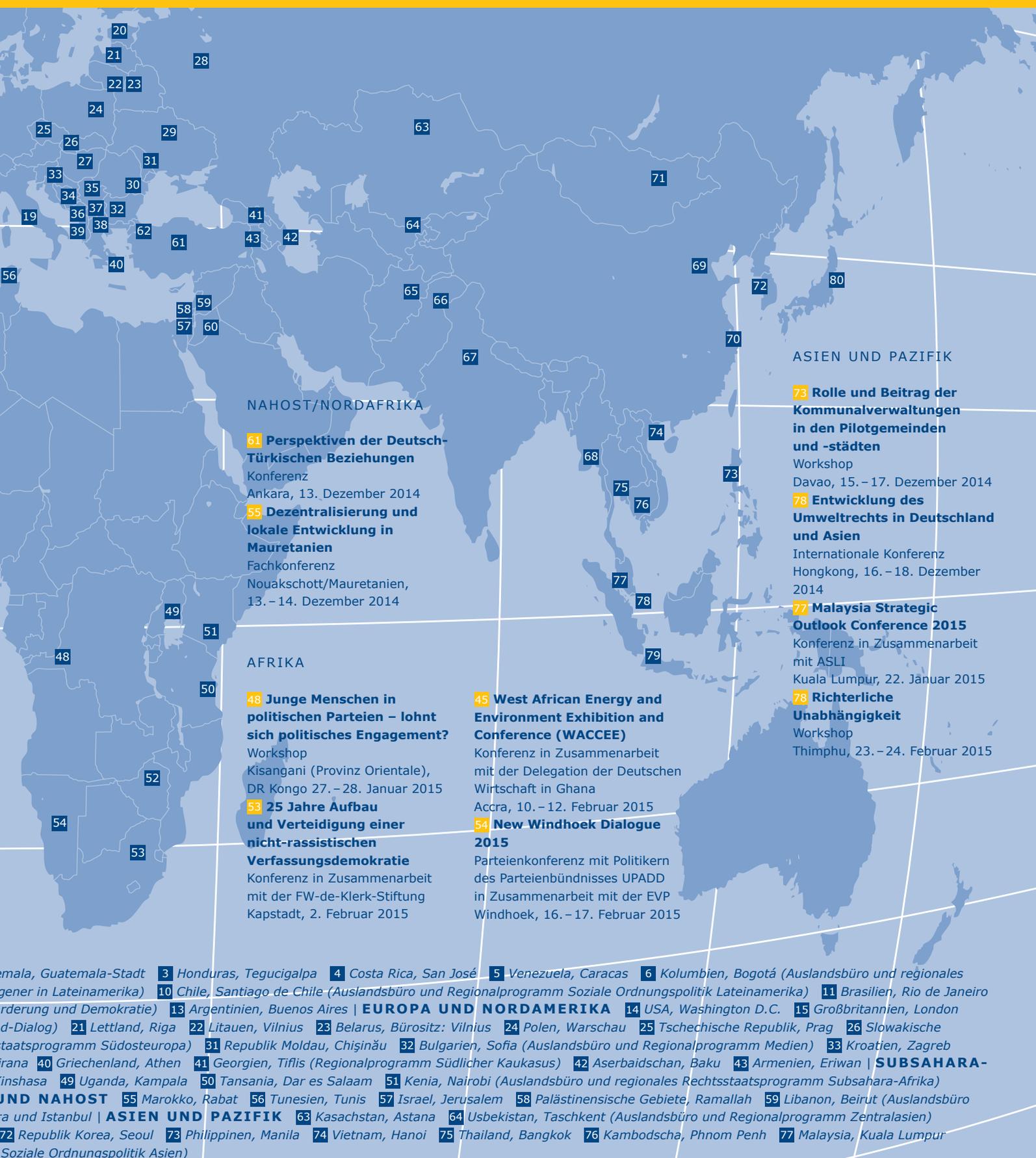
15 **Deutsch-Britischer
Parlamentariendialog**

Cadenabbia
13. – 16. März 2015

25 **26** **Diktatur und Demokratie
im Zeitalter der Extreme**

Konferenz und Ausstellungseröffnung
Bratislava, 25. März 2015

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** **1** Mexiko, Mexiko-Stadt **2** Guatemala, Guatemala-Stadt (Regionalprogramm Lateinamerika) **7** Ecuador, Quito **8** Peru, Lima **9** Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenen) **12** Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung) **16** Belgien, Brüssel (Europabüro) **17** Frankreich, Paris **18** Spanien, Madrid **19** Italien, Rom **20** Estland, Tallinn (Auslandsbüro und Regionalprojekt EU-Russland) **27** Ungarn, Budapest **28** Russische Föderation, Moskau **29** Ukraine, Kiew **30** Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika) **34** Bosnien und Herzegowina, Sarajevo **35** Serbien, Belgrad **36** Montenegro, Podgorica **37** Kosovo, Pristina **38** Republik Mazedonien, Skopje **39** Albanien, Tirana **AFRIKA** **44** Senegal/Mali, Dakar **45** Ghana, Accra **46** Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) **47** Nigeria, Abuja **48** DR Kongo, Kinshasa **52** Simbabwe, Harare **53** Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **54** Namibia/Angola, Windhuk | **NORDAFRIKA UND MIDDLE EAST** **60** Jordanien, Amman (Auslandsbüro und Regionalprogramm Golf-Staaten) **61** **62** Türkei, Ankara **65** Afghanistan, Kabul **66** Pakistan, Islamabad **67** Indien, Neu Delhi **68** Myanmar, Yangon **69** **70** VR China, Peking und Shanghai **71** Mongolei, Ulaanbaatar **78** Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) **79** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta **80** Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm



■ UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

INTERNATIONALES DIALOGPROGRAMM ENERGIESICHERHEIT

Mit einem steigenden Energieverbrauch, knapper werdenden fossilen Rohstoffvorkommen und unsicheren Versorgungswegen stehen Staaten weltweit vor der Herausforderung, neue Wege zu finden, um ihren Energiebedarf langfristig zu sichern.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Inlandsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Regionalprogramm Golf-Staaten vom 12. bis 18. Oktober zum ersten Mal ein internationales Studien- und Dialogprogramm zum Thema Energiesicherheit. Ziel des Programms war es, Energieexperten aus von den aktuellen Umwälzungen im Energiemarkt betroffenen Ländern zusammenzubringen und mit der globalen Dimension dieser Frage sowie den Chancen und Herausforderungen der

deutschen Energiewende vertraut zu machen.

Auf dem Programm standen während der sechstägigen Veranstaltung Gespräche mit Entscheidungsträgern, Think Tanks, Energieversorgern, Wirtschaftsunternehmen und Umweltverbänden. Bei einem Besuch des Bürgerwindparks Dirkshof in Husum konnten sich die Experten über das Konzept einer dezentralisierten Energieversorgung informieren und hatten die Gelegenheit, eine der über 60 Meter hohen Anlagen zu besteigen.



Die chinesische Energieexpertin Dr. Xiyang Liu von der Xiamen University und Andrij Zinchenko vom ukrainischen Netzwerk Greencubator beim Besteigen eines Windkraftwerks

PANAMA: VORBEREITUNG AUF DIE KLIMAVERHANDLUNGEN



Panama, dessen Regierung kein Umweltministerium unterhält, wird in den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen (COP) von der Autoridad Nacional del Ambiente (ANAM) vertreten. Zur Vorbereitung auf die COP21, die 2015 in Paris stattfinden wird, lud die nationale

Behörde am 15. und 16. September in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Symposium in Panama-Stadt ein. Die Veranstaltung bot Vertretern unterschiedlicher staatlicher Stellen, die mit dem Klimawandel in Berührung kommen, Gelegenheit zum Austausch mit Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Ziel war es, über die Folgen des Klimawandels und über die notwendigen Anpassungsprozesse zu informieren und auf dieser Grundlage eine gemeinsame Position für die Klimaverhandlungen zu entwickeln. Der stellv. Geschäftsführer der ANAM, Emilio Sempris, nutzte das Treffen, um den Plan Panamas zu verkünden, Gastgeber der Klimaverhandlungen im Jahr 2018 (COP24) zu werden.



ÖL IN UGANDA: RESSOURCENMANAGEMENT FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Ihre Reihe zum Umgang mit Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung hat das KAS-Auslandsbüro Uganda Ende August 2014 in Kampala fortgesetzt. Eingeladen waren Entscheidungsträger und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die das Thema vor dem Hintergrund der Strategien und Erfahrungen anderer ressourcenreicher afrikanischer Länder diskutierten. Den Vorsitz hatte Ernest Rubondo, Kommissar für Ölförderung und -produktion im Ministerium für Energie und Rohstoffentwicklung, einer der Hauptakteure der Rohstoffinitiativen in Uganda. Neben Repräsentanten des Managements der im Lande tätigen Ölfirmen Total und der China National Offshore Oil Company (CNOOC) waren auch zahlreiche Parlaments- und Regierungsmitglieder vertreten.



Teilnehmer der offenen und lebhaften Debatte in Kampala



Repräsentanten der PAN, Umweltorganisationen, Stiftungen und der Zivilgesellschaft trafen sich zum ersten Mal zur Ausarbeitung eines Organisationspapiers für das Netzwerk Red Azul.

UMWELT-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK ■

GRÜNDUNG DES „GRÜNEN NETZWERKES“



Trotz sichtbarer Folgen des Klimawandels, der Verschwendung natürlicher Ressourcen und der Verschmutzung der Natur steckt das Thema Umweltschutz in Mexiko noch in den Kinderschuhen.

Ausgehend von der Notwendigkeit, dieses Thema auf der Prioritätenliste weiter nach oben zu setzen und langfristige Lösungen zu finden, gründete die Partei Acción Nacional mit Unterstützung des KAS-Auslandsbüros Mexiko im März 2014 das Umwelt- und Klimaschutznetzwerk Red Sinergia Azul por el Medio Ambiente. Am 12. September traf sich der Arbeitskreis, bestehend aus Parteimitgliedern, Reprä-

sentanten verschiedener Stiftungen und Umweltorganisationen sowie der Zivilgesellschaft, zum ersten Mal, um ein Organisationspapier zu erarbeiten. Ausgehend vom christdemokratischen Ansatz, dass nachhaltige menschliche Entwicklung ohne die Wahrung der Schöpfung nicht möglich ist, legten die Teilnehmer Definitionen für die Mission und Vision des Netzwerkes fest und erarbeiteten strategische und taktische Ziele.

Im Rahmen eines zweiten Workshops sollen offene gebliebene Fragen zur Funktionsweise und Struktur des Netzwerkes behandelt werden, sodass dieses seine Arbeit schnell aufnehmen kann.

*Bild unten:
Thomas Kunze
(KAS-Regionalbeauftragter für Zentralasien)
eröffnet die
Tagung gemeinsam mit Vertretern
des kirgisischen
Präsidialamtes.*

RESSOURCENMANAGEMENT IN ZENTRALASIEN

Das KAS-Regionalbüro Zentralasien führte im September 2014 gemeinsam mit dem Präsidialamt der Kirgisischen Republik in Tscholpon Ata (Kirgistan) eine internationale Tagung zum Thema „Ressourcenmanagement in Zentralasien“ durch. Schwerpunkte bildeten Dispute um nachhaltige Entwicklung und Wasserressourcen in Zentralasien. Die Wassernutzung stellt in der wüstenreichen Region immer wieder einen beträchtlichen Konfliktfaktor dar, der die politischen Debatten bestimmt. An der Tagung nahmen Experten aus den zentralasiatischen Staaten sowie aus Deutschland und Russland teil.



UMWELTRECHTSGESPRÄCHE IN VIETNAM UND THAILAND

Mit den „Environmental Law Talks“ werden seit 2012 und 2013 allgemeine Rechtsstaatsthemen mit umweltrechtlichen Fragestellungen verknüpft. Das Format hat Gesprächscharakter und bringt Sachverständige aus Deutschland bzw. Europa mit Umweltrechtlern, Verwaltungsjuristen und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen in Asien zusammen. Bei den Gesprächen in Hanoi und Bangkok im Herbst dieses Jahres standen u. a. transnationale Umweltfragen und die Rolle der Justiz im Mittelpunkt der Diskussion.

KLIMAWANDEL UND ERNEUERBARE ENERGIEN – EINE INTERNATIONALE HERAUSFORDERUNG

Vom 14. bis 21. September organisierte das KAS-Auslandsbüro Marokko in Kooperation mit der Universität Mohammed V. Agdal in Rabat eine Studienreise zum Thema „Klimawandel und Erneuerbare Energien – eine internationale Herausforderung“. Im Rahmen des Studien- und Dialogprogramms reisten Studierende des Exzellenzclusters Politikwissenschaft aus Marokko nach Berlin. Die Teilnehmer erhielten die Gelegenheit, sich konkret über deutsche Interessen, politische Ziele und den aktuellen Stand der Debatte in Sachen Klimawandel und Erneuerbare Energien zu informieren. Während des einwöchigen Programms tauschte sich die Gruppe u. a. mit Vertretern des Bundeskanzleramts, der Stiftung Umweltenergie recht, des



Die Fakultät für Jura, Wirtschaft und Politikwissenschaft der Universität Mohammed V. in Rabat hat aus den Studenten des aktuellen Master-Studiengangs die besten zwei Prozent ausgewählt. Mehrere dieser Studenten spezialisieren sich in dem Bereich Klima und Energie und haben an einem von der KAS organisierten einwöchigen Studiendialogprogramm in Deutschland teilgenommen.

Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Germanwatch aus. Bei einem Gespräch mit dem Botschafter des Königreichs Marokko in Deutschland wurde vor allem die deutsch-marokkanische Energiepartnerschaft thematisiert.

RECHTSSTAAT

STRAFEN, VERGEBEN ODER WIEDERGUTMACHEN?

LATEINAMERIKANISCH-EUROPÄISCHER DIALOG ZUR VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG

In praktisch allen Ländern Lateinamerikas finden derzeit Prozesse der Vergangenheitsaufarbeitung statt. Wo in den siebziger und achtziger Jahren Diktaturen herrschten (z. B. Brasilien, Uruguay, Argentinien, Chile), weist diese Aufarbeitung Unterschiede zu den Ländern mit internen bewaffneten Konflikten auf (Kolumbien, Zentralamerika). Die Auseinandersetzungen um die Fragen des Ob und Wie der Aufarbeitung bestimmen vielerorts wieder die Tagespolitik und beschäftigen die Justiz bis in die obersten staatlichen Gerichte, den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und sogar den Internationalen Strafgerichtshof (Kolumbien).

Im Rahmen eines lateinamerikanisch-europäischen Dialogs zur Vergangenheitsaufarbeitung nahmen daher im Oktober hochrangige lateinamerikanische Juristen auf Einladung der KAS Termine in Berlin, Den Haag, Karlsruhe, Straßburg, Ludwigsburg und Dachau wahr. Die Gäste haben in ihren Heimatländern herausragende Positionen inne, in denen sie an den

beschriebenen Prozessen beteiligt sind. In der Begegnung mit Schlüsselakteuren wurden strittige Fragen diskutiert, die regelmäßig in Transitionsprozessen auftreten.

Zu den beiden deutschen Erfahrungskomplexen nach 1945 und 1989 wurden Gespräche u. a. mit Roland Jahn (Stasi-Behörde), Bürgerrechtlern, Justizverantwortlichen, Angehörigen von Aufarbeitungskommissionen und dem Bundesverfassungsgericht geführt. Auch konnten sich die Gäste mit den Standpunkten des Internationalen Strafgerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vertraut machen.



Auch das Bundesverfassungsgericht, international hoch geachtet, hat in Fragen der Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland wichtige Akzente gesetzt.

VERFASSUNG, GEWALTENTEILUNG UND RECHTSSTAAT IN YANGON/MYANMAR

Verfassung, Gewaltenteilung und Rechtsstaat bzw. Verfassungsrecht im demokratischen Übergang sind Themen, die in Myanmar nach der Öffnung von besonders aktueller Bedeutung sind. Rechtsstaatsakteure aus verschiedenen Bereichen wurden daher wie schon 2013 zu ausgewählten Themen geschult. Damit soll ein Beitrag zur geplanten Verfassungsreform vor den anstehenden Neuwahlen geleistet werden. Organisiert wurde die von dem KAS-Rechtsstaatsprogramm Asien unterstützte Konferenz von der University of New South Wales.

ENTSCHEIDUNGSSAMMLUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Auf einer gemeinsamen Konferenz stellten das Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa und das Verfassungsgericht der Republik Moldau die rumänischsprachige Übersetzung ausgewählter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vor. Der Präsident des moldauischen Verfassungsgerichts hob die Bedeutung des Zugangs zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hervor, insbesondere im Zuge der Annäherung der Republik Moldau an die Europäische Union. Dr. Sibylle Kessal-Wulf, Richterin am Bundesverfassungsgericht, ging auf das Spannungsfeld zwischen der entstehenden europäischen Verfassungsgerichtsbarkeit und der Rolle des Bundesverfassungsgerichts ein. Thorsten Geissler, Leiter des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa, unterstrich die zentrale Rolle des fachlichen Austausches zwischen Verfassungsgerichten, die im europäischen Kontext zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.



Ehrengast der Konferenz anlässlich der Entscheidungssammlung war die Richterin am BVerfG, Dr. Sibylle Kessal-Wulf (2. v.r.).



Wie sieht die Verfassung der Zukunft aus? Vielschichtige Debatte mit deutschen und koreanischen Experten in Seoul

RECHTSSTAAT ■

SÜDKOREA: VERFASSUNGSREFORM, PARTEIVERBOT, VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Die Zukunftsfähigkeit der Verfassungen Deutschlands und Südkoreas nach mehreren Jahrzehnten jüngerer Verfassungsgeschichte, die juristische Seite von Vergangenheitsbewältigung sowie die deutsche und koreanische Verfassungsrechtspraxis bezüglich politischer Parteien und Parteiverbote standen im Zentrum einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe der KAS in Zusammenarbeit mit der renommierten School of Law der Korea-Universität in Seoul. Die diesjährige Veranstaltungsreihe mit über 200 Teilnehmern wurde von deutschen Juristen maßgeblich mitgeprägt.

In der Republik Korea wird derzeit eine Verfassungsreform kontrovers diskutiert. Auch ist beim Verfassungsgericht auf Antrag der Regierung ein Parteiverbotsverfahren anhängig. Nicht zuletzt bestimmt die in der koreanischen Gesellschaft hoch emotional geführte Debatte um die weitgehende Weigerung Japans, die Verantwortung für missbräuchliches Verhalten als koloniale Besatzungsmacht zwischen 1910 und 1945 zu übernehmen, das bilaterale Verhältnis beider Länder bis heute.

AUFBAU UND KONSOLIDIERUNG VERFASSUNGSGERICHTSBARKEIT IN WESTAFRIKA



Theodore Holo, Präsident des Verfassungsgerichts Benin (r.), zur Verfassungsgerichtsbarkeit in Benin, in der Region gemeinhin als Positivbeispiel bekannt

Die zu Beginn der 1990er Jahre einsetzende „Welle der Demokratisierung“ ging auch in Westafrika mit weitgehenden Verfassungsreformen oder neuen Verfassungen einher, die zumeist eine Stärkung der Verfassungsgerichtsbarkeit vorsahen. Eine Konferenz der KAS und des Franz von Liszt-Instituts der Justus-Liebig-Universität Gießen

befasste sich mit den Herausforderungen, denen sich Verfassungsgerichte gerade in der Aufbauphase gegenübersehen, und mit der Frage, wie sie gegebenenfalls auftretende Hindernisse überwinden können. Dabei handelt es sich um ein bisher zumindest für die ausgewählte Region kaum erforschtes Thema. 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Minister, Verfassungsrichter und praxisnahe Experten aus neun afrikanischen Staaten (Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Mali, Niger, Senegal, Togo, Südafrika) sowie aus Deutschland, Frankreich und den USA kamen in Gießen zusammen. Die Veranstaltung bot den Teilnehmern ein hochkarätig besetztes Forum für eine kritische und intensive Debatte darüber, wie Verfassungsgerichte sich ihre Stellung im politischen Machtgefüge erarbeiten können und müssen – eine Erfahrung, die Verfassungsgerichte weltweit eint.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG DURCH ÖFFENTLICHE HAUSHALTSKONTROLLE

Was hat öffentliche Haushaltskontrolle mit Korruption zu tun? Dieser Frage widmeten sich 34 Teilnehmer aus 15 Ländern Afrikas auf einer Konferenz des KAS-Rechtsstaatsprogramms Afrika südlich der Sahara in



Dr. Gaby Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein

Uganda. Die Präsidentin des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein, Dr. Gaby Schäfer, vermittelte den Teilnehmern die Möglichkeiten zur Minimierung des Missbrauchs öffentlicher Mittel durch eine effektive Haushaltskontrolle, z. B. präventiv durch Beratung und Prüfung der Haushaltsanmeldungen. Entscheidend ist die Nachkontrolle getätigter Ausgaben mit einem umfassenden Recht zur Akteneinsicht, die zugleich aufklärend und abschreckend wirkt. Als wirkungsvoll kann sich ferner die enge Zusammenarbeit der Kontrollinstanzen mit den Medien erweisen. Die den deutschen Rechnungshöfen vergleichbaren afrikanischen Kontrollinstitutionen stehen jedoch vor verschiedenen Herausforderungen, darunter häufig der ihrer eigenen Abhängigkeit vom Wohlwollen der Regierungen sowie eine oftmals fehlende finanzielle Unabhängigkeit.



■ WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

KEINE ENTWICKLUNG OHNE REGELGEBUNDENE MARKTWIRTSCHAFT

Am 20. und 21. August fand in Lima die fünfte wirtschaftspolitische Jahrestagung von Wissenschaftlern und Politikern aus Lateinamerika statt, die sich auf das Thema Soziale Marktwirtschaft spezialisiert haben. Der multinationale Expertenkreis diskutierte ökonomische Fragestellungen Lateinamerikas auf der Grundlage ordnungspolitischer Ansätze.

Die diesjährige Konferenz stand unter dem Motto „Zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft: Wirtschaftspolitische Ansätze in Lateinamerika“, da in der Region erkennbar zwei Modelle wirtschaftlicher Entwicklung zu beobachten sind. Einerseits verschreiben sich wirtschaftsliberale Regierungen einer markt-

wirtschaftlichen Entwicklung, andererseits gibt es Regierungen, die explizit sozialistischen Konzepten folgen oder staatszentrierte Wirtschaftspolitiken betreiben. Bei letzteren zeigen sich Gütermangel, Preisexplosionen, fortwährende Staatseingriffe und zum Teil gravierende Menschenrechtsverletzungen. Insofern kennzeichnen ideologische Zerrissenheit und ökonomische Ambivalenz derzeit die Volkswirtschaften Lateinamerikas. Mit Blick auf diese Ausgangssituation könnte der ausgleichende, konsensorientierte Ansatz der Sozialen Marktwirtschaft ein Angebot für die Länder der Region darstellen. Davon zeigten sich die Teilnehmer und Referenten dieser Tagung des Regionalprojekts SOPLA überzeugt.

Die Teilnehmer der Konferenz kamen aus fast allen Ländern Lateinamerikas und beschäftigen sich mehrheitlich mit wirtschaftspolitischen Fragestellungen – als Wissenschaftler, Parlamentsberater oder Mandatsträger.



Die Teilnehmer des dritten Griechenland-Workshops – u. a. der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Joachim Pfeiffer MdB sowie der Sprecher der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Steffen Bilger MdB (4. und 5. v. r.)

DRITTER GRIECHENLAND-WORKSHOP

Zum dritten Mal organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Workshop für Experten aus Deutschland zu aktuellen Entwicklungen in Griechenland. Im Rahmen des Programms fanden in Berlin und Athen Paneldiskussionen und intensive Gespräche mit politischen Vertretern, akademischen Fachleuten von Universitäten und Think Tanks sowie Praktikern aus Task Force und den Botschaften beider Länder statt. Im Zentrum standen Fragen rund um das seit 2010 laufende Strukturreformprogramm sowie die konkreten Wachstumsperspektiven für die griechische Wirtschaft.

TUNESISCHE JUNGUNTERNEHMER IM DIALOG MIT POLITISCHEN PARTEIEN



Mit Blick auf die schwierige wirtschaftliche Lage Tunesiens werden das nächste gewählte Parlament und die nächste Regierung schwere und für die Zukunft des Landes grundlegende Entscheidungen treffen müssen. Trotz der Bedeutung der anstehenden Wahlen wachsen das Desinteresse und die Politikverdrossenheit der tunesischen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund hat das KAS-Büro in Tunis mit dem Jungunternehmerverband Tunesiens (CJD) drei politische Diskussionsrunden durchgeführt, in deren Rahmen die Repräsentanten politischer Parteien sich den Fragen der Jungunternehmer zu den Themen Investitionen, Steuergerechtigkeit sowie Ausbildung und Beschäftigung stellten. Zur Eröffnung der ersten politischen Debattenrunde unterstrichen die beiden Mitglieder der „Tunesien Task Force“ des Deutschen Bundestags, der stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Andreas Schockenhoff MdB und Johannes Selle MdB, die Bedeutung der kommenden Wahlen für den demokratischen Übergang Tunesiens, welcher weiterhin von Seiten Deutschlands unterstützt werde, so Schockenhoff.



Sechs Repräsentanten verschiedener tunesischer Parteien stellten sich den Fragen der Jungunternehmer zu den Themen Investitionen, Steuergerechtigkeit sowie Ausbildung und Beschäftigung.

FACHKONFERENZ IM LIBANON

In Partnerschaft mit dem Issam Fares Institute for Public Policy & International Affairs der American University of Beirut hat die Konrad-Adenauer-Stiftung am 24. Oktober in Beirut eine Fachkonferenz zur Anwendung der Sozialen Marktwirtschaft in der Wohnungspolitik veranstaltet. Ausgangspunkte der Diskussion waren der Immobilienboom und die aktuelle Debatte über die Mietpreisbindung in beiden Ländern. Referenten und Teilnehmer waren Abgeordnete, ehemalige Minister und hochrangige Beamte, Bauunternehmer sowie Wissenschaftler aus dem Libanon, Deutschland und Frankreich.

In seiner Eröffnungsrede betonte Peter Rimmele, Leiter des Auslandsbüros Libanon (im Bild 2.v.r.), den Bedarf an einer Politik, die die Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt und das Recht auf Unternehmensgewinne sowie das Recht der Bürger auf ein gerechtes Wohnungswesen in Einklang bringt. Rimmele sagte zum Schluss: „Genau wie die libanesischen Debatte von der deutschen Erfahrung einen Vorteil ziehen kann, so auch die deutsche Debatte von der libanesischen Erfahrung.“

towards a Socially



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHER DIALOG IN IRLAND

Irland gilt inzwischen als positives Beispiel für eine erfolgreiche Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Neben den zahlreichen positiven Daten gibt es allerdings auch nach wie vor Probleme vor allem im sozialpolitischen Bereich. Um sich ein detailliertes Bild vor Ort zu machen, besuchten vier CDU-Abgeordnete im Rahmen eines von der KAS in Großbritannien organisierten intensiven wirtschafts- und sozialpolitischen Dialogs Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Höhepunkte waren das Gespräch mit Ministerpräsident Enda Kenny sowie der Gedankenaustausch mit Abgeordneten der CDU-Schwesterpartei Fine Gael.

Bild unten: Im Rahmen des Planungsworkshops für einen Fortgeschrittenen-Lehrgang zum Thema Soziale Marktwirtschaft wurden die Diplome an die Absolventen des diesjährigen Basis-Lehrgangs übergeben.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG



MEXIKO: LEHRGANG SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Nach nun bereits dreimaliger Durchführung eines Basislehrgangs zur Sozialen Marktwirtschaft plant die Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko für 2015 eine Fortführung dieses erfolgreichen Projekts in Form eines Fortgeschrittenen-Moduls. Politische Entscheidungsträger und Multiplikatoren, die bereits über Basiskenntnisse in der Materie verfügen, sollen dabei die Möglichkeit erhalten, ihr theoretisches Wissen zu vertiefen, das Konzept auf die mexikanische Realität anzuwenden und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Daneben ist es auch erklärtes Ziel dieses Fortgeschrittenenlehrgangs, in Mexiko eine Gruppe von Experten zum Thema aufzubauen, die in ihren jeweiligen beruflichen Funktionen dieses Konzept umsetzen und bekannter machen. Um ein erstes Design dieses Fortgeschrittenenlehrgangs zu entwerfen, lud die KAS Mexiko Anfang Oktober zum Planungsworkshop in die mexikanische Hauptstadt. Nationale und internationale Experten sowie interessierte Universitäten folgten der Einladung und diskutierten intensiv über Zielsetzungen und Organisation des geplanten Lehrgangs.

DEUTSCHE UND BRITISCHE FINANZEXPERTEN IM DIALOG

Bereits zum fünften Mal tagte das deutsch-britische Wirtschafts- und Finanzexpertentreffen in Cadenabbia. Dabei kamen erfahrene Abgeordnete sowie Experten aus Ministerien, Finanzinstitutionen und Think Tanks aus Deutsch-



vorn im Bild: der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Dr. Michael Meister MdB

land und Großbritannien zusammen. Im Rahmen intensiver Debatten und Diskussionen wurden u. a. die gegenwärtige internationale Währungspolitik und der Stand der Bankenunion diskutiert sowie die politischen Implikationen dieser Entwicklungen auf die Zukunft der EU, ihre Wettbewerbsfähigkeit und den Welthandel analysiert.

■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

CHANCEN FÜR DIE DEUTSCH-CHINESISCHE WIRTSCHAFTSKOOPERATION

CHINAS NEUE URBANISIERUNG

2012 überschritt die Urbanisierungsrate in China erstmals die Fünfzigprozentmarke. Der Zukunftskurs ist klar und politisch gewollt: Bis 2030 werden weitere 20 Prozent der Bevölkerung in Städte ziehen. Die Urbanisierung soll Antriebskraft für das nationale Wirtschaftswachstum sein und der zugezogenen Landbevölkerung ein moderneres Leben mit besserer Versorgung bieten.

Den Trend der Verstädterung aufgreifend, veranstaltete das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peking in Kooperation mit der Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland bereits zum zweiten Mal ein Symposium über Urbanisierung, in diesem Jahr in der nordostchinesischen Stadt Shenyang. Im Zentrum der Diskussion standen Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung und Chancen für die deutsch-chinesischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen. Effiziente Ressourcennutzung, Konzepte von „Smart City“ sowie die Schaffung lebenswerten Raumes wurden in offener Atmosphäre analysiert und debattiert. Besucht wurde die Veranstaltung von ca. 150 Vertretern aus Provinz- und Lokalregierung, Beamten und Wissenschaftlern.

Dr. Gerhard Wahlers, stellv. Generalsekretär der KAS und Hauptabteilungsleiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit, eröffnet das chinesisches-deutsche Symposium über Urbanisierung in Shenyang.



Dr. Gerhard Wahlers, stellv. Generalsekretär der KAS und Hauptabteilungsleiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit, eröffnet das chinesisches-deutsche Symposium über Urbanisierung in Shenyang.

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN DER DEZENTRALISIERUNGSREFORM IN SENEGAL



Der Vorsitzende des Bezirksrates in Mbour, Saliou Samb, wirbt für die Chancen der neuen Dezentralisierungsreform.

Im Konferenzsaal der KAS wurde es eng, so hoch war der Andrang beim politischen Forum zur lokalen Entwicklung, das die KAS am 28. Oktober in Dakar organisiert hatte. Die in diesem Jahr implementierte, dritte Dezentralisierungsreform gilt als umstritten. Das Forum vereinte Reform-Theoretiker aus dem Dezentralisierungsministerium mit Mandats-trägern und Akteuren der Zivilgesellschaft.

Dezentralisierungsexperte Oumar Wade verhalf den Teilnehmern zu einem detaillierten Verständnis der Reform, ihrer Notwendigkeit und ihres Nutzens für eine effiziente und nachhaltige lokale Entwicklung. Zugleich stellte er die Möglichkeiten dar, die sich im Rahmen der Reform für unternehmerische Initiativen bieten. Die Vertreterin des Mouvement Citoyen und Gemeinderatsmitglied in Dakar, Fanta Diallo, betonte die Verantwortung jedes Bürgers im Gemeinwesen. Die Teilnahme an Wahlen sei der Grundstein der Demokratie, jedoch könne sie nur funktionieren, wenn jeder Bürger seine Aufgaben in der Kontrolle öffentlichen Handelns und als Mitgestalter seiner Gemeinde aktiv wahrnehme. In der Diskussion wurde deutlich, wie stark der Bedarf an Informationen über die neue Reform und ihre Potenziale ist.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Erste MUN-Konferenz in Rabat

Bereits seit acht Jahren organisiert die Konrad-Adenauer-Stiftung eine jährliche „Model United Nation“-Konferenz in Berlin. Eine ähnliche Simulation einer Debatte in den VN konnte Ende September erstmals auch in Rabat durchgeführt werden. In Kooperation mit der Universität Mohammed V. organisierte das Büro der KAS jeweils ganztägige „Plenarsitzungen“ zu den beiden Themen „Expanding the Role of Women in Governance“ und „Strategies to Promote International Cooperation to Halt the Environmental and Economic Impact of Climate Change“. Hierbei hat sich bereits aus dem Kreis der Studenten eine Gruppe gebildet, die in Eigeninitiative dieses Modell weiterentwickeln will.



Ghanaische Chiefs – hier während einer Sitzung des House of Chiefs – repräsentieren mit ihren Gewändern die unterschiedlichen Regionen des Landes. Kpobi Tetteh Tsrui III. (1.v.l.) ist der einflussreiche Chief aus der Hauptstadt.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

IN GHANA MACHEN NICHT NUR PARTEIEN POLITIK

„Nicht in jeder Ortschaft gibt es Polizei und Postämter oder Geschäfte oder Ärzte. Chiefs aber gibt es überall, im ganzen Land.“ So einer der rund dreißig Teilnehmer, die zur Sitzung des House of Chiefs nach Kumasi gekommen waren. „Aufklärung über Cholera und Ebola im Fernsehen und in den Schulen ist das eine, wir Chiefs aber haben Zugang zur gesamten Bevölkerung“, legte Kwesi Atta III. aus Cape Coast dann nochmals nach. Viermal im Jahr treffen sich die ghanaischen Chiefs in Kumasi, der zweitgrößten Stadt

des Landes, um politische Angelegenheiten zu besprechen. Die Stiftung pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem einflussreichen House of Chiefs, der politischen Vertretung aller traditionellen Autoritäten.

Ebola macht auch den Menschen in Ghana insbesondere in ländlichen Gebieten zunehmend Angst. Vor allem dort – so die Chiefs – fehle es an gesundheitlicher Aufklärung. Sie boten sich an, als Multiplikatoren zu fungieren.

DEZENTRALISIERUNG IN KENIA

NATIONALES JUGENDFORUM IN NAIROBI

Am 25. September 2014 hat die KAS-Kenia ein Nationales Jugendforum in Nairobi organisiert, um lokalpolitisch engagierten Jugendlichen die Kernaspekte des Dezentralisierungsvorhabens der 2010 in Kraft getretenen Verfassung nahezubringen und deren Belange und potenziellen Beitrag in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Vertreten waren Jugendorganisationen aus allen 47 Bezirken des Landes sowie Repräsentanten der Regierung, des Parlaments und der Zivilgesellschaft. Das Hauptziel



Vertreter der Country-Regierungen beteiligen sich an der lebhaften Diskussion.



der Veranstaltung war, die Beteiligung und Einflussnahme von Jugendlichen am politischen Geschehen zu erhöhen und Wege und Möglichkeiten hierzu aufzuzeigen. Insbesondere die Berücksichtigung der Interessen Jugendlicher bei der Ausarbeitung und Verabschiedung relevanter Gesetze stand im Mittelpunkt der Diskussion. Die Teilnehmer beschlossen die Gründung eines nationalen Jugendnetzwerkes, das die Umsetzung der Verfassung bezüglich des Dezentralisierungsvorhabens kritisch beobachten soll.



Die Teilnehmer diskutieren die verschiedenen Modelle der politischen Bildung.

DIE REGIONALKONFERENZ ZUR POLITISCHEN BILDUNG IN AFRIKANISCHEN ARMEEN...

...beschäftigte sich mit der Frage nach den besten Methoden der politischen Bildung innerhalb von Armeen. An der KAS-Konferenz, welche am 18. und 19. August in der Höheren Militärschule in Kinshasa durchgeführt wurde, nahmen 70 Offiziere der kongolesischen Armee und Experten aus Benin, Burkina Faso, Deutschland und Togo teil.

Seit einigen Jahren unterstützt die KAS Streitkräfte in West- und Zentralafrika in ihrer politischen Grundbildung für Soldaten und Offiziere. Bei dieser Ausbildung geht es um die Beziehung der Armeen zum Staat, die Beachtung der Menschenrechte sowie demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze. In jedem Land wurden dazu spezifische Methoden und Inhalte der politischen Bildung entwickelt.

*Interreligiöses Match:
der Amani (Frieden)
Sports Club traf auf den
Mshikamano (Solidarität)
Sports Club.*



■ WERTE- UND RELIGIONSIALOG

1:0 FÜR DEN FRIEDEN – INTERRELIGIÖSES FUSSBALLSPIEL IN DAR ES SALAAM

Am 12. Oktober traten im Nationalstadion der Amani (Frieden) Sports Club und der Mshikamano (Solidarität) Sports Club zu einem Fußballspiel an. Als Partner des interreligiösen Friedenskomitees unterstützte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tansania die Initiative, bei der Bischöfe und Sheikhs



Gehalten! Der Torwart des Amani (Frieden) Sports Club Sheikh Muharami Pembe leistet ganze Arbeit.

in gemischten Teams spielten, um ein sichtbares Zeichen für religiöse Toleranz, Solidarität und Zusammenarbeit zu setzen. Die Spieler hatten sich unter Anleitung eines Trainerteams der KAS-Tansania in einem Trainingslager gezielt auf den Spieltag vorbereitet. In historischer Hinsicht war die Initiative einmalig. Erstmals trafen hochrangige christliche und muslimische Würdenträger im Vorfeld eines offiziellen FIFA-Länderspiels (Tansania gegen Benin, 4:1) im Rahmen eines Freundschaftsspiels aufeinander. Beide Teams wurden von tausenden Zuschauern im Nationalstadion frenetisch angefeuert, während die Fans an den heimischen Bildschirmen dem historischen Freundschaftsspiel per Liveübertragung folgten. Tansanias Premierminister Pinda nahm als offizieller Ehrengast die Siegerehrung vor und dankte den Organisatoren. Angesichts der positiven Reaktionen wird der jüngste Ausflug vom Seminarraum auf das Fußballfeld für die KAS wohl nicht der letzte bleiben...



DIALOG LATEINAMERIKA – EUROPA ZUM THEMA CHRISTLICHE SOZIALLEHRE

Vom 21. bis 23. September 2014 lud das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag zu einem internationalen Seminar zum Thema „Beziehungen und Herausforderungen für Lateinamerika und Europa – Katholische Soziallehre und ihre Bedeutung in der heutigen Gesellschaft“ ein. Es war die erste Fachtagung dieser Art, die namhafte Vertreter der katholischen Kirche und Experten aus Lateinamerika und Europa zu einem Dialog über die Christliche Soziallehre als Grundlage unserer Gesellschaften zusammenbrachte. Neben hochrangigen Vertretern der christlichen Kirchen waren insbesondere die Partnerorganisationen der Konrad-Adenauer-Stiftung vertreten, die sich mit diesem Thema befassen. Diese Veranstaltung soll der Auftakt zu einem intensiveren Austausch zwischen den beiden christlich geprägten Regionen sein.



Die Fachtagung führte namhafte Vertreter der katholischen Kirche und Experten aus Lateinamerika und Europa zu einem Dialog über die Christliche Soziallehre zusammen, u.a. den ehemaligen stellv. Generalsekretär der KAS, Dr. h.c. Josef Thesing (3.v.l.), Prof. Dr. Guillermo León Escobar Herrán, Botschafter Kolumbiens beim Heiligen Stuhl (2. Reihe Mitte), David Gregosz, Leiter des Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika (2.v.l.), und Michael Lingenthal, ehemaliger Leiter verschiedener KAS-Auslandsbüros in Lateinamerika (zwischen Gregosz und Thesing).

NAMEN UND GESICHTER



Mark Alexander Friedrich

- Wird ab Mai als Trainee im Auslandsbüro in Indien fungieren
- War zuvor Wissenschaftliche Hilfskraft der KAS in Ungarn
- mark.friedrich@kas.de



Dr. Christian Hübner

- Wird ab Januar das Regionalprogramm Umwelt, Klima und Energie in Lateinamerika mit Sitz in Peru leiten
- War zuvor Koordinator im EIZ für die Themenbereiche Umwelt-, Klima- und Energiesicherheit
- christian.huebner@kas.de



Daniel Colmenero Lopez

- Wird ab März das Team im Auslandsbüro in Mexiko als Trainee unterstützen
- War bisher im Bereich der Politikberatung tätig
- daniel.colmenero-lopez@kas.de



Dr. Edmund Ratka

- Wird ab Februar als Trainee zum Auslandsbüro in Tunesien wechseln
- Ist ein Experte in deutsch-tunesischen Beziehungen
- edmund.ratka@kas.de



Daniel Schmücking

- Wird ab Februar Leiter des Auslandsbüros in der Mongolei
- War bisher als Referent für Organisation, Kampagnen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der CDU tätig
- daniel.schmuecking@kas.de



Dr. Wolfgang Sender

- Leitet ab Februar das Auslandsbüro in Belarus
- War zuvor u. a. Pressesprecher des Bundes-sprachenamts sowie CIM-Experte bei der Verwaltungsakademie der Republik Moldau
- wolfgang.sender@kas.de



DIALOG MIT AKTIVISTINNEN AUS KURDISTAN-IRAK

Die Konrad-Adenauer-Stiftung kooperiert seit zwei Jahren mit der irakischen Nichtregierungsorganisation Women Empowerment Organization (WEO) mit Sitz in Erbil, die – auch aufgrund der Sicherheitslage im Irak – schwerpunktmäßig ihre Maßnahmen zur Stärkung der Position der Frauen in der Gesellschaft in der Autonomen Region Kurdistan durchführt.

Um diese Kooperation zu stärken, veranstaltete das Team Inlandsprogramme vom 7. bis 13. September ein Studien- und Dialogprogramm für Frauenrechtsaktivistinnen, Vertreterinnen aus dem Bereich der Justiz und kurdische Politikerinnen aus dem Umfeld der WEO. In Düsseldorf und Berlin hatten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit, sich mit der Behandlung frauenrechtlicher Problemstellungen und -lösungen in Deutschland vertraut zu machen. Auf dem Programm standen Gespräche mit Entscheidungsträgern auf Kommunal- und Bundesebene sowie verschiedenen Frauenrechtsverbänden. Auch die aktuelle Bedrohung durch die IS und hier insbesondere die Auswirkungen auf die Situation der Frauen und Minderheiten standen im Fokus der Gespräche.

TAGUNG DER AUSLANDSMITARBEITER

Am 10. und 11. November tagten die Auslandsmitarbeiter der KAS aus Europa und den USA in Berlin. An diesem Treffen, das jährlich stattfindet, nehmen die Leiter von 22 Auslandsbüros der Stiftung teil. Die Diskussionen in diesem Jahr standen ganz im Zeichen der Krim- und Ukraine-Krise und des angespannten Verhältnisses zu Russland. Ein weiteres wichtiges Thema war die transatlantische Partnerschaft, die durch die Verhandlungen von TTIP – dem transatlantischen Handels- und Investitions-Abkommen – eine neue Form und Stärke erhalten könnte.



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



DIE PAZIFIK-ALLIANZ: EINSCHÄTZUNGEN AUS DER REGION

In Lateinamerika lassen sich neue Anstrengungen beobachten, die wirtschaftliche Integration der Region voranzubringen. Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru haben im Jahr 2011 die Alianza del Pacífico auf den Weg gebracht. Dieses Abkommen ist ein ambitionierter Plan, den Güter- und Dienstleistungshandel zu liberalisieren. Daneben soll auch die Mobilität von Personen vereinfacht und die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Umwelt und Bildung vertieft werden. Welche politischen und ökonomischen Auswirkungen damit verbunden sind, wird in dieser Publikation des Regionalprojekts SOPLA dargestellt.



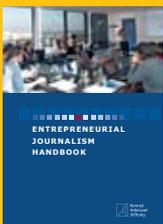
KOMMENTAR ZUR AMERIKANISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION (AMRK)

Nach mehrjähriger Arbeit lanciert das KAS-Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika eine umfassende Kommentierung der AMRK, an der zahlreiche namhafte Autoren mitgewirkt haben. Diese Publikation dient dem Rechtsanwender in den Mitgliedstaaten der Konvention als Nachschlagewerk, um die Auslegung und Anwendung nationaler Normen im Lichte der AMRK zu erleichtern. Damit erreicht die langjährige Arbeit des Rechtsstaatsprogramms mit den nationalen Verfassungsgerichten und dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte einen vorläufigen Höhepunkt.



PARLAMENTSHANDBUCH SENEGAL

Bereits im Jahr 2004 haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Journalistenakademie CESTI (Centre d'Études des Sciences et Techniques de l'Information) ein Parlamentshandbuch herausgegeben. Nach dem Regierungswechsel im März und den Parlamentswahlen im Juli 2012 wurde nun von den Studenten des CESTI ein aktuelles Handbuch der senegalesischen Nationalversammlung erstellt. Darin werden viele Aspekte der Geschichte, Organisation und Funktionsweise der Nationalversammlung erläutert.



ENTREPRENEURIAL JOURNALISM HANDBOOK

Das KAS-Medienprogramm Südosteuropa hat im September ein neues Handbuch herausgegeben. Mit vielen praktischen Beispielen werden die Grundlagen des Online-Journalismus, die Erstellung von Websites sowie ethische Aspekte des Journalismus im Web erläutert. Ebenso gibt das Handbuch Tipps für strategische Marktanalysen und die Entwicklung von Online-Plattformen. Das Kompendium richtet sich an Journalisten, die sich selbstständig machen und ihr eigenes Geschäftsmodell im Internet entwickeln wollen. Das auf Englisch und Serbisch erschienene Handbuch wurde gemeinsam mit dem KAS-Büro in Belgrad entwickelt.



EUROPE – SURGING AHEAD

Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft von Staaten mit unterschiedlichen Interessen und historischen Erfahrungen und auch unterschiedlichen Vorteilen aus der Integration. Wenngleich es im Findungsprozess gemeinsamer Lösungen Kontroversen gibt, darf dies nicht als Scheitern der Europäischen Union gesehen werden. Euro-Skeptizismus ist definitiv unangebracht. In dieser Ausgabe von „Panorama. Insights into Asian and European Affairs“ analysieren Autoren aus verschiedenen Ländern den europäischen Integrationsprozess und diskutieren sowohl aktuelle Themen wie die Europawahlen oder den Asien-Europa-Gipfel (ASEM) als auch die Kooperation beider Kontinente in Sicherheitsfragen. Die Publikation belegt, dass Europa weiterhin ein aktiver Akteur in der internationalen Politik und insbesondere ein verlässlicher Partner Asiens sein wird.